

## Welche Geschichte will Deutschland schreiben?

Carlo Jaeger

Führende Deutsche Ökonomen unterschiedlichster Couleur schlagen vor, dass die EU zur Bewältigung der Corona-Krise einmalige Gemeinschaftsanleihen in Höhe von 1000 Milliarden Euro emittiert (FAZ vom 21. März). Die Nachfrage von Großinvestoren und Banken nach diesen Coronabonds dürfte aus zwei Gründen enorm sein. Erstens befürchten die Finanzmärkte der Welt nicht, dass die EU als ganze zahlungsfähig bleiben wird (selbst wenn der Euro auseinanderbrechen sollte). Und zweitens hat gerade dieses Finanzierungsinstrument das Potential sicherzustellen, dass die EU aus der Corona-Krise politisch und auch ökonomisch gestärkt hervorgehen wird.

Von größter Bedeutung ist, dass Coronabonds von den BürgerInnen Europas ebenso wie von Privatpersonen auf der ganzen Welt gekauft werden können. Dabei wird der Kurs der Coronabonds durch die Bereitschaft der EZB, sie bei Bedarf am Sekundärmarkt aufzukaufen, gestützt. Coronabonds können durch diese Möglichkeit, Solidarität zu zeigen, quer durch Europa eine Solidaritätswelle auslösen, wie sie die EU noch nie erlebt hat. Die damit verbundene, zweifellos kontroverse Debatte wird einen historischen Beitrag zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit bilden, in der neue, attraktive Zukunftsbilder entstehen können. Besonders glaubhaft werden diese Zukunftsbilder, wenn beim Einsatz von Coronabonds die Ziele des neuen Identitätsprojekts der EU, des European Green Deals, ins Auge gefasst werden.

Zu einer solchen Vision gehören auch handwerkliche Details. Manches kann aus der ebenfalls einmaligen Gemeinschaftsanleihe, die die Europäische Gemeinschaft 1974 in der ersten Ölkrise auflegte, gelernt werden. Angesichts der neuen Möglichkeiten, die die Existenz der EZB heute bietet, ist die EU gegenwärtig noch besser aufgestellt als es die damalige Europäische Gemeinschaft mit jener auch erfolgreichen Gemeinschaftsanleihe schon war.

Es geht um 1000 Milliarden Euro. Dies sind etwa 8% des BIP der EU. In der Finanzkrise von 2009 erlitt die EU einen wirtschaftlichen Einbruch von rund 5.5%. Die EU-Kommission rechnet heute mit einem deutlich schärferen Einbruch. 2009 gab es einen Nachfrageschock, auf den die USA und China mit enormen, gut abgestimmten Maßnahmen reagierten. Diesmal kommt zum Nachfrageschock der Einbruch des Angebots durch nicht mehr funktionierende Wertschöpfungsketten hinzu. Dies verkompliziert die Situation. Und eine eigentlich notwendige Abstimmung zwischen USA und China ist kaum mehr möglich. 8% des BIP sind in dieser Situation das Minimum, das nötig sein wird, um den Einbruch abzufangen; es kann aber auch das Doppelte oder Dreifache nötig werden. Zum Glück können Coronabonds durch Maßnahmen der einzelnen Staaten, des europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und der europäischen Zentralbank im nötigen Umfang ergänzt werden.

Nicht nur Staaten des Euroraums, sondern auch die anderen Mitglieder der EU können sich an der Ausgabe von Coronabonds beteiligen. Wenn Einzelne nicht mitmachen wollen, so können sie abseits stehen ohne den Verkehr aufzuhalten. Aber das ökonomisch stärkste

Land, Deutschland, darf nicht abseits stehen. Der ESM sollte mit einer schnellen und verlässlichen Umsetzung beauftragt werden, und die Finanzierung in den beteiligten Staaten steuern. Die Laufzeit sollte bewusst langfristig (bis 2050 oder länger) gewählt werden, um zu vermeiden, dass der Aufschwung, den Coronabonds nach der Pandemie ermöglichen sollen, gleich wieder abgewürgt wird.

Natürlich gibt es Alternativen. Im Augenblick favorisieren deutsche Politiker wie Scholz und Söder die Möglichkeit, ungenutzte Kreditlinien des ESM anzubieten und dabei zu versprechen, dass die bei ESM-Krediten vorgesehenen Bedingungen weniger streng sein würden als bei der Gründung des ESM vorgesehen. Auf den ersten Blick klingt das plausibel, um so mehr als sich Klaus Regling, der geschäftsführende Direktor des ESM, gerade für diese Variante mit dem Argument einsetzt, der ESM wäre viel schneller einsatzfähig als Coronabonds.

Wie das Institut der Deutschen Wirtschaft herausgearbeitet hat, geht diese Variante aber mit erheblichen Nachteilen einher. Zum einen beträgt der aktuell verfügbare Kreditrahmen mit 410 Milliarden Euro nicht einmal die Hälfte des für Coronabonds aus guten Gründen vorgesehenen Betrags. Das scheint deutlich zu wenig. Sodann haben ESM-Kredite bis jetzt kurze Laufzeiten, wodurch sie kontraproduktiv wirken können, wenn die Pandemie einen langen Atem verlangt. Angesichts der massiven Unsicherheiten mit dem Fortgang der Pandemie wäre das eine gefährliche Strategie. Und auch das Argument, dass der ESM sofort einsatzfähig sei, ist nicht tragfähig. In Wirklichkeit sind heikle Aushandlungsprozesse nötig, um die neuartigen Modalitäten, die der ESM bei pandemiebezogenen Krediten einführen müsste, zu definieren.

Die Bereitschaft zu Kompromissen wird hingegen enorm gefördert werden, wenn Deutschland bei der Einführung von Coronabonds, die es bisher blockiert hat, die Führungsrolle übernimmt. Deutschland hat nach dem 2. Weltkrieg durch Marshallplan und das Londoner Schuldenabkommen von 1953 erlebt, wie internationale Solidarität den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau einer demokratischen Gesellschaft unterstützen kann. Die USA, die das ermöglichten, haben damals ihr nationales Interesse großzügig – und erfolgreich! – neu definiert. Wird Deutschland angesichts des unverschuldeten Leids, das heute Länder wie Italien und Spanien erfahren, sein nationales Interesse ähnlich klug begreifen?

Ebenso wichtig ist die Tatsache, dass der – schmalere – Weg über den ESM die Chance vergibt, die BürgerInnen der EU am gemeinsamen Werk zu beteiligen. Bulgarien, Kroatien, die Tschechische Republik, Dänemark, Ungarn, Polen, Rumänien und Schweden sind von einem ESM-Programm automatisch ausgeschlossen. Und für den größten Teil der EU-BürgerInnen ist der ESM bestenfalls eine unbekannte oder fernab liegende Institution, schlimmstenfalls ein Brennpunkt des Misstrauens, das die EU seit der Finanzkrise vergiftet. Wenn Deutschland sich angesichts der Pandemie gegen den Willen der am meisten, und hier sicherlich schuldlos, Betroffenen durchsetzt, wird kein gemeinsamer Aufbruch möglich, sondern das Gezerre, das die EU immer stärker kennzeichnet, weiter gesteigert. Es ist zweifelhaft, ob die EU das aushalten kann, und kaum zu bezweifeln, dass das sowohl der EU als auch Deutschland schaden wird.

Scholz und Söder schlagen des Weiteren vor, die Europäische Investitionsbank EIB mit einem pandemiebezogenen Kreditprogramm von 50 Milliarden Euro auszustatten. Dies wäre angesichts der relevanten Größenordnungen eher Symbolpolitik. Es könnte eine interessante Ergänzung, aber keine Alternative zum Vorschlag der Coronabonds sein.

Die EU steht am Scheideweg. Und Deutschland wird angesichts der Pandemie so oder so Geschichte schreiben. „Weiter so“ bedeutet eine Zukunft, in der Europa durch steigende Ungleichheit, wachsendes Misstrauen und eine schwächelnde Wirtschaft auffallen wird. Ob das im wirtschaftlichen, politischen, ökologischen und sozialen Interesse Deutschlands liegt, dürfte sich dann in absehbarer Zukunft zeigen.

Zur Geschichte Europas gehört die Tatsache, dass am Ende des Mittelalters auf die Pest der wirtschaftliche und kulturelle Aufschwung der Renaissance folgte. Auch die Corona-Pandemie wird in die Geschichte nicht nur Europas, sondern der Menschheit eingehen. Und sie eröffnet konstruktive sowohl als destruktive Reaktionen. Wenn Deutschland über seinen Schatten springt und Coronabonds auf den Weg bringt, kann dieses Land an der Geschichte eines Neuaufbruchs Europas mitschreiben. Als Primus inter Pares darf und soll es bei der Bewältigung der historischen Herausforderung, die diese Pandemie darstellt, eine willkommene und notwendige Führungsrolle übernehmen.

Es ist anzunehmen, dass Deutschland länger brauchen wird als ein paar Tage oder Wochen, um sich auf eine derartige Perspektive einzustellen. Um so wichtiger ist es, die Debatte zu vertiefen und weiterzuentwickeln, bis der entscheidende Schritt endgültig ausbleibt oder aber – was zu hoffen ist - zustande kommt.

*Ich danke Christoph Bals, Germanwatch, für Gespräche, ohne die ich diesen Text nicht hätte schreiben können. Die Verantwortung für Fehler bleibt bei mir. 3. April 2020*